

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Baukostensenkungskommission**

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD hat die Große Koalition angekündigt, eine Kommission zur Senkung von Baukosten einzurichten: „Mit einer Baukostensenkungskommission überprüfen wir preistreibende und überdimensionierte Standards und Kosten von Materialien und Verfahren insbesondere der energetischen Sanierung“ (S. 117). Die Baukostensenkungskommission soll unter dem Dach des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unter der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks tagen.

Gebäudestudien der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) belegen, dass energetische Sanierungen kosteneffizient und für die Mieterschaft warmmietenneutral durchgeführt werden können. Daher ist unklar, welchem Zweck diese Baukostensenkungskommission dienen soll und ob auch andere Kostenfaktoren im Baubereich untersucht werden.

Zu nennen sind als Faktoren für die Höhe der Baukosten für Projekte und Infrastrukturplanungen des Bundes, der Länder und der Städte und Gemeinden, dort wo der Bund rechtlich, institutionell, in der Rolle als Teilhaber oder als Fördermittelgeber involviert ist, zum Beispiel

- Auswahl und Entscheidung für Projekte im Rahmen integrierter Planungen und nachhaltiger Finanzplanungen (vgl. dazu Difu-Berichte 1/2014, S. 4: „Gerade dort, wo Infrastrukturen aufgrund übergeordneter Rahmenbedingungen umgebaut und transformiert werden müssen, fehlt es im Allgemeinen an übertragbaren Orientierungen oder gar an Standards. [...] Die optimale Versorgungsstruktur lässt sich nur ermitteln, wenn entsprechend der jeweiligen örtlichen Situation geklärt ist, wie Energiebedarf, Energieinfrastruktur, Versorgungspotenzial und mögliche Einspar- oder Effizienzmaßnahmen räumlich verknüpft sind.“),
- Instrumente auf Bundesebene zur Finanz- und Infrastrukturplanung, die langfristig die Finanzierung von Investitionen sichern (vgl. des weiteren Difu-Berichte 1/2014, S. 10: „Wie können die Finanz- und Infrastrukturplanung langfristig die Finanzierung von Investitionen sichern? Welche Instrumente werden dazu benötigt und wie sind diese einzusetzen?“),
- die Rolle von Bürgerbeteiligungsverfahren bei einer kosteneffizienten und langfristig finanziell tragfähigen Projektauswahl und -gestaltung im Vorfeld von Planungen, und die Kommunikation zielführender Instrumente und Methoden für die Bürgerbeteiligung,

- die Funktion von Transparenz über Planungen und Prozessbegleitung bei öffentlichen Bauvorhaben in Bezug auf die Senkung von Baukosten,
- die Rolle von Umplanungen während der Bauphase bzw. die Rolle ausgereifter und abgeschlossener Planungen vor der Bauphase,
- die Rolle der Städtebauförderung und der nationalen Stadtentwicklungspolitik bei der Umsetzung baukostensenkender Faktoren im Vorfeld von Projektplanungen,
- Rahmenbedingungen für Förderprogramme und Subventionen des Bundes in Bezug auf die Senkung von Kosten und Vermeidung von Mitnahmeeffekten,
- das Auftreten von Baumängeln und Maßnahmen zur Vorbeugung von Baumängeln,
- die Wettbewerbssituation im Bau- und Planungsbereich,
- Finanz- und Personalausstattung der Kommunen, insbesondere im Bereich der Projektentwicklung, Planung, Begleitung und Kontrolle von Bauvorhaben sowie von Vorhaben im Rahmen öffentlich-privaten Partnerschaften, integrierte Planungen im Vorfeld von Projekten,
- die Fachkräftesituation und -entwicklung,
- steuerliche Rahmenbedingungen, wie etwa die Wirkung der nach wie vor anhaltenden Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl,
- Standards und Preisentwicklungen für
  - Baustoffe,
  - Bauverfahren,
  - Ausschreibungen und Wettbewerbe,
  - Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien und Energieeinsparung,
  - altersgerechten Umbau von Wohnraum und Infrastruktur,
  - Planungsverfahren und integrierte Planungen,
  - ihre rechtliche Verankerung etwa bezüglich der Refinanzierung (z. B. Modernisierungsmieterhöhung) und ihre Auswirkung auf das Senken der Kosten im Lebenszyklus der Gebäude und Anlagen für Eigentümerinnen und Eigentümer und Nutzerinnen und Nutzer.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welchen Untersuchungsauftrag hat die Kommission zur Senkung von Baukosten?
2. Untersucht die Kommission zur Senkung von Baukosten alle baurelevanten Faktoren?  
Wenn ja, wie wurden diese Faktoren ermittelt, und welche Faktoren werden im Einzelnen untersucht?  
Wenn nein, warum nicht?
3. Hat die Kommission zur Senkung von Baukosten bereits getagt?  
Wenn ja, wann, und mit welchen Tagesordnungspunkten, Ergebnissen bzw. Zwischenergebnissen?
4. In welchen Intervallen tagt die Kommission zur Senkung von Baukosten, und auf welche Dauer ist ihre Arbeit angelegt?
5. In welchen Intervallen und in welcher Form soll die Kommission zur Senkung von Baukosten Ergebnisse vorlegen?

6. Wer sind die Mitglieder der Kommission zur Senkung von Baukosten, und nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?
7. Welche Kosten werden für die Arbeit der Kommission zur Senkung von Baukosten insgesamt veranschlagt (bitte nach unmittelbaren Kosten für die Kommission und mittelbaren Kosten innerhalb des BMUB aufschlüsseln)?
8. Stellt die energetische Sanierung einen besonderen Schwerpunkt bei der Untersuchung innerhalb der Kommission zur Senkung von Baukosten dar?  
Und wenn ja, womit wird das begründet?
9. Inwiefern werden die Kosteneffizienz von Maßnahmen für Energieeffizienz, den Einsatz erneuerbarer Energien und Energieeinsparmaßnahmen bei Neubau und Sanierung auch in Bezug auf den Lebenszyklus von Gebäuden und Anlagen berücksichtigt?
10. Wird sich die Baukostensenkungskommission auch mit bekannten großen öffentlichen Bauvorhaben wie Stuttgart 21 oder dem Flughafen Berlin Brandenburg befassen?
11. In welchem Verhältnis steht die Baukostensenkungskommission zur Reformkommission Großprojekte beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, und inwiefern soll ein Informationsaustausch oder eine Zusammenarbeit zwischen beiden Gremien stattfinden?
12. Welche Handlungsempfehlungen sollen aus möglichen Ergebnissen der Kommission zur Senkung von Baukosten abgeleitet werden?

Berlin, den 4. Juni 2014

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

